



Annelie Buntenbach

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede

Pressekonferenz zum Thema Kinderarmut

Berlin, 29. Mai 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

Deutschland ist nicht nur arm an Kindern – Deutschland hat immer mehr arme Kinder. Dies ist nicht zuletzt mit den neuen Armuts- und Reichtumsbericht deutlich geworden, wobei die Tendenzen seit langem erkennbar sind.

Umso erbärmlicher, dass zurzeit mehr über die statistischen Grundlagen des Armutsberichts gestritten wird als über Ursachen und Lösungen des Problems Kinderarmut.

Wir können nur davor warnen, die Statistiken zu instrumentalisieren, um die Probleme klein zu reden.

Die Armutsquote von Kindern soll nach den Angaben der Bundesregierung mit 12 Prozent niedriger sein als das allgemeine Armutsrisiko in Deutschland (13 Prozent). Das widerspricht auf groteske Weise den Realitäten, die vor allem aus den Hartz IV-Daten erkennbar sind: Danach war Anfang 2008 mindestens jedes siebte Kind unter 15 Jahren von Hartz IV abhängig. In großen Teilen Ostdeutschlands ist sogar jedes dritte Kind auf Hartz IV angewiesen. Bei Erwachsenen bis 65 Jahre ist es jeder Zehnte.

Inzwischen ist die Zahl der von Hartz IV abhängigen Kinder leicht rückläufig, doch weiterhin auf erschreckend hohem Niveau.

Doch auch der erfreuliche Rückgang bei armen Kindern verläuft viel schleppender als bei Erwachsenen: Im Januar 2008 waren mit 1,86 Millionen der unter 15-jährigen 2,6 Prozent weniger als zum Vorjahreszeitpunkt bedürftig. Hingegen ist die Zahl der erwerbsfähigen Hartz IV-Empfänger im gleichen Zeitraum immerhin um vier Prozent zurückgegangen.

Und je größer die Kinderzahl, desto schwerer fällt der Ausstieg aus der Hartz IV-Bedürftigkeit. So ist die Zahl von Hartz IV-Familien mit einem Kind um 3,5 Prozent gesunken, bei vier Kindern und mehr aber um 0,8 Prozent gestiegen.

Die Quintessenz der ganzen Statistik zur Kinderarmut: Kinderarmut ist ein Problem, das von der Politik jahrelang unterschätzt oder nicht ernst genommen wurde.



Schon der Begriff ist irreführend: Denn Kinderarmut ist Familienarmut, also Elternarmut. Denn Familienarmut hängt eng mit Arbeitslosigkeit, nicht Existenz sichernden Löhnen und nicht armutsfesten Sozial- und Familienleistungen zusammen.

Was wir jetzt brauchen, sind Taten gegen Kinderarmut und keine Statistikdebatten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, noch vor der Bundestagswahl 2009 Maßnahmen gegen Kinderarmut auf den Weg zu bringen.

Es wäre beschämend, wenn Kinderarmut als Wahlkampfthema missbraucht wird. Damit wäre keinem Kind geholfen.

Das A und O sind anständige Löhne und familiengerechte Arbeitszeiten, die Hand in Hand mit armutsfesten Sozialleistungen und dem Ausbau der Kinderbetreuung gehen müssen.

Es geht nicht um ein Entweder/Oder, sondern um ein Sowohl als auch. Denn Kinderarmut hat viele Gesichter. Wir halten die Armutsdimensionen Einkommen, Bildung und Gesundheit für zentral. Diese bedingen sich aber gegenseitig.

Wer über wenig Einkommen verfügt, hat oft geringere Bildungschancen – und umgekehrt. Außerdem wissen wir, dass sich Bildungs- und Aufstiegschancen in Deutschland stärker als in anderen Ländern vererben. Und erwiesenermaßen hängt auch die Gesundheit von Kindern vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern ab. Zur Bekämpfung von Familienarmut schlägt der DGB ein Gesamtkonzept vor, das wir in dem vorliegenden Positionspapier entwickelt haben.

Wir brauchen einen vierfachen Ansatz gegen Familienarmut:

1. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
2. die Bekämpfung unzureichender, nicht existenzsichernder Löhne,
3. eine Bildungsoffensive, angefangen bei den Kleinsten in den Kitas, und
4. eine Kindergrundsicherung, die Kinder unabhängig von Hartz IV stellt.

Wichtig ist dabei, dass Leistungsverbesserungen auf der einen staatlichen Ebene nicht zum Anlass für Kürzungen an anderer Stelle genommen werden dürfen.

Leider reicht die Überwindung von Arbeitslosigkeit in vielen Fällen nicht aus, Armut von Familien zu verhindern. Rund 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind noch ergänzend auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Etwa die Hälfte davon arbeitet sozialversicherungspflichtig, knapp 400.000 in Vollzeit oder in vollzeitnaher Beschäftigung.

Die Löhne reichen schlicht nicht aus, um den Lebensunterhalt der Familie komplett zu finanzieren. Rund 2,6 Millionen Arbeitnehmer arbeiten für weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns.

Wer Kinder aus der Armut holen will, muss endlich den Weg frei machen für Existenzsichernde Löhne. Das wiederum geht nicht ohne Stundenlöhne von mindestens 7,50 Euro.

Löhne in diesem Einkommensbereich reichen aber in vielen Fällen nicht, wenn Kinder im Haushalt leben. Deshalb müssen auch die Familienleistungen und die Sozialleistungen im Vorfeld von Hartz IV armutsfest ausgestaltet werden.



Mindestlöhne und armutsfeste Sozialleistungen müssen also Hand in Hand gehen. Nur aus der Kombination von beidem entsteht ein Konzept gegen Armut, das auch trägt.

Es ist deshalb absolut unverständlich, wenn die Familienministerin behauptet, der Mindestlohn nutze nur Alleinstehenden, erhöhe aber das Armutsrisiko von Familien. Wir brauchen beides. Kindergeldzuschlag oder Hartz IV dürfen nicht zum Ausfallbürgen für Lohndumping werden.

Mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro ließen sich beispielsweise bei den so genannten Aufstockern 1,5 Milliarden Euro Hartz IV-Ausgaben sparen, plus der Mehreinnahmen bei Steuern und Beiträgen. Statt Lohndumping zu subventionieren, könnte dieses Geld sinnvollerweise in die Kinderbetreuung investiert werden.

Wir fordern Frau von der Leyen auf mitzuhelfen, dass gerade junge Eltern vor dem grassierenden Lohndumping und prekärer Beschäftigung geschützt werden – und gleichzeitig Steuergelder für den Ausbau der Kinderbetreuung frei werden.

Wer Familien mit Kindern mehr Sicherheit geben will, muss auch Ja zu Mindestlöhnen sagen. Alles andere ist völlig unglaubwürdig.

Das Ziel ist also, Familien vor der Bedürftigkeit zu bewahren. Dazu muss die Lücke zwischen Kindergeld und dem Existenzminimum schrittweise geschlossen werden.

Kurzfristig schlägt der DGB vor, bei Kindern von Geringverdienern anzusetzen.

Derzeit klafft zwischen dem Kindergeld in Höhe von 154 Euro und dem Hartz IV-Regelsatz von 208 Euro für unter 14-jährige Kinder, bzw. 277 Euro für mindestens 14-jährige eine Lücke von 54 bzw. 123 Euro. Bezieht man die anteiligen Unterkunftskosten der Kinder noch mit ein, vergrößert sich die Lücke im Sinne eines Armutskeils noch weiter.

Der DGB schlägt deshalb vor, die Hartz IV vorgelagerten Leistungen „Wohngeld“ und „Kinderzuschlag“ auszubauen. Zu beiden Sozialleistungen bereitet der Gesetzgeber zwar Veränderungen vor, die aber bei weitem nicht ausreichen. So will die Bundesregierung mit der Reform des Kinderzuschlags 120.000 Kinder aus Hartz IV herausholen.

Der DGB bezweifelt, dass sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf selbst diese Zahl erreichen lässt. Noch im vergangenen Jahr wurde in Meseberg aber von einer Zielgröße von 500.000 Kindern gesprochen.

Der DGB hat konkrete Vorschläge gemacht, wie die Wirksamkeit dieses Instruments vergrößert werden kann. Unsere Stellungnahme für den Deutschen Bundestag liegt Ihnen ebenfalls vor.

Beim Wohngeld ist zwar eine erfreuliche Anpassung insbesondere durch Übernahme der Heizungskosten vorgesehen, die jedoch vom Bundesrat blockiert wird. Wir werden diese Hängepartie im Gesetzgebungsverfahren nutzen und weiter für eine stärker kinderbezogene Staffelung beim Wohngeld werben. Denn das Wohngeld kommt zu über 50 Prozent nur Alleinstehenden zugute.

Darüber hinaus sind aus unserer Sicht weitere Sofortmaßnahmen notwendig:

Die Regelsätze bei Hartz IV müssen insbesondere für Kinder neu festgesetzt werden. Die derzeitige Herleitung vom Erwachsenenregelsatz ist nicht sachgerecht. Sie berücksichtigt keine Kinderbedarfe, und insbesondere bildungsbezogene Ausgaben



fallen unter den Tisch. Außerdem ist die bisherige Abstufung in nur zwei Altersgruppen (über- bzw. unter 14 Jahre) lebensfremd.

Wir begrüßen, dass der Bundesrat – sowohl A- wie B-Länder – ebenfalls eigenständige Kinderregelsätze fordert. Es ist jedoch keine Zeit, die nächste EVS-Auswertung (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) im Jahr 2010 abzuwarten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, eine unabhängige Wissenschaftlerkommission einzusetzen, damit der Gesetzgeber auf der Grundlage realitätsbezogener Vorschläge zügig eine Neufestsetzung der Regelsätze vornehmen kann. Als Sofortmaßnahme fordern wir, dass die jährliche Anpassung mindestens in Höhe der Preisentwicklung bei den regelsatzrelevanten Gütern erfolgt.

Das Bundesarbeitsministerium hat im November letzten Jahres selbst errechnet, dass seit Einführung von Hartz IV die Preise um rund fünf Prozent gestiegen sind. Berücksichtigt man, dass die letzte EVS-Auswertung, die zur Festsetzung der Regelsätze geführt hat, bereits 2003 stattgefunden hat, müsste die Erhöhung sogar acht Prozent betragen. Eine solche Anpassung ist umgehend erforderlich, bevor eine gründliche Überprüfung der gesamten Regelsatzfestlegung erfolgt.

Ich hatte bereits erwähnt, dass materielle Leistungen wichtig sind, aber ebenso die Investitionen in die Bildung von Kindern. An der Schnittstelle zwischen beiden Bereichen liegen die Leistungen für Schulkinder.

Im letzten Jahr haben die DGB-Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Erwerbslosen-Initiativen Druck gemacht, um zumindest einige Verbesserungen beim Schulleben und bei Beihilfen für Schulmaterial zu erreichen.

Der DGB fordert zweckbestimmte Leistungen für Schüler, die über die Hartz IV- und Sozialhilferegelsätze hinausgehen. Dazu zählen ein Schulstarterpaket in Höhe von 150 Euro und halbjährlich 50 Euro pro Schulkind. Ein ähnlicher Antrag im Bundesrat der Länder Rheinland-Pfalz und Berlin sollte jetzt zügig verabschiedet werden.

Hinzukommen muss eine Bezuschussung des Essens in Schulen und Kindertagesstätten für Geringverdiener, nicht nur Hartz IV-Empfänger. Gleiches gilt für Leistungen, die Kindern soziale Teilhabe und Teilnahme an Kultur- und Freizeitangeboten erst ermöglichen. Hierzu zählen die so genannten Stadtpässe oder ÖPNV-Sozialtarife für Einkommensschwache.

Bei unseren Vorschlägen zur Bildungspolitik lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, dass Bildungspolitik langfristig die beste Sozialpolitik ist.

Trotz der Aufregung um PISA und den beschlossenen Ausbau der Kleinkinderbetreuung ist noch viel zu wenig geschehen, um Qualifizierungsdefizite gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wie der neue Armutsbericht zeigt, stagniert aber der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP seit 1992 bei rund 3,9 Prozent.

Neben dem Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Platz in einer Tageseinrichtung ab Vollendung des ersten Lebensjahrs ist hierbei vor allem die Gebührenfrage in Kindertagesstätten und Kindergärten entscheidend.

Gebühren führen zur sozialen Selektion. Gleiches droht bei einer Einführung eines Betreuungsgeldes. Mindestens das letzte Kindergartenjahr muss gebührenfrei wer-



den. Langfristig sollten Elternbeiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen ganz abgeschafft werden.

Neben den Gebühren geht es uns auch um eine Steigerung der Qualität der frühkindlichen Bildung. Dabei steht die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Erzieher/innen im Mittelpunkt.

Kindererziehung und -bildung ist eine anspruchsvolle Arbeit. Das muss auch in der Bezahlung zum Ausdruck kommen. Bisher wird die Pflege von Maschinen in Deutschland besser bezahlt als die Betreuung und Bildung von Kleinkindern. Dies muss sich ändern, damit Kindertagesstätten tatsächlich zu Eltern-Kind-Beratungszentren ausgebaut werden können.

Eine weitere zentrale Forderung des DGB besteht in einer verbindlichen Festlegung, wie die angestrebte Halbierung der Zahl der Schulabbrecher erreicht werden soll. Bisher blieb es hier bei unverbindlichen Ankündigungen der Länder.

Die Bundesagentur für Arbeit hat erklärt und auch schon erste Modellprojekte gestartet, wie durch gezielte Förderung, gerade bei sozial benachteiligten Jugendlichen, Schulabbrüchen vorgebeugt werden kann.

Fazit:

Kinderarmut ist Familienarmut, und zur Überwindung von Familienarmut brauchen wir ein aufeinander abgestimmtes Reformpaket.

Wir wollen mit unseren Vorschlägen die ganze Dimension des Problems offenlegen und bieten Lösungsansätze an.

Das A und O sind anständige Löhne und familiengerechte Arbeitszeiten, armutsfeste Familien- und Sozialleistungen und der Ausbau gebührenfreier Kinderbetreuung. Die Politik darf vor allem nicht tatenlos zusehen, dass der Niedriglohnsektor immer weiter wächst und Familien immer weniger zum Leben haben.

Mindestlöhne sind dringend nötig, damit Familien mehr zum Leben haben und viel Geld, das der Staat heute für Lohnsubventionen und Hartz IV zahlt, für die Unterstützung von Familien frei wird.

Vielen Dank.